

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Kathrin Vogler, Heike Hänsel, Michel Brandt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 19/26172 –

Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffenverbotsvertrag

A. Problem

Nachdem am 24. Oktober 2020 die für das Inkrafttreten des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen erforderlichen 50 Ratifikationen erreicht wurden, fordert die Antrag stellende Fraktion die Bundesregierung auf,

1. den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffenverbotsvertrag zu erklären und sodann einen Gesetzentwurf vorzulegen, um den Vertrag zu ratifizieren und
2. umgehend die notwendigen Schritte einzuleiten, um die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO zu beenden und die Atomwaffen von deutschem Boden abzuziehen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/26172 abzulehnen.

Berlin, den 10. Februar 2021

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Nikolas Löbel
Berichterstatter

Dr. Karl-Heinz Brunner
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Nikolas Löbel, Dr. Karl-Heinz Brunner, Armin-Paulus Hampel, Ulrich Lechte, Sevim Dağdelen und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/26172** in seiner 206. Sitzung am 28. Januar 2021 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nachdem am 24. Oktober 2020 die für das Inkrafttreten des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen erforderlichen 50 Ratifikationen erreicht wurden, fordert die Antrag stellende Fraktion die Bundesregierung auf,

1. den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffenverbotsvertrag zu erklären und sodann einen Gesetzentwurf vorzulegen, um den Vertrag zu ratifizieren und
2. umgehend die notwendigen Schritte einzuleiten, um die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO zu beenden und die Atomwaffen von deutschem Boden abzuziehen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/26172 in seiner 76. Sitzung am 10. Februar 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über die Vorlage auf Drucksache 19/26172 in seiner 73. Sitzung am 10. Februar 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 10. Februar 2021

Nikolas Löbel
Berichterstatter

Dr. Karl-Heinz Brunner
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

